

Bonn, Freitag 15. Oktober 1965

Sprecher: Adenauer, Barzel, Dufhues, Erhard, Grundmann, Gurt, Kohl, Schmitz, [Strauß].

Bericht der Verhandlungskommission zur Regierungsbildung. Verschiedenes.

Beginn: 11.10 Uhr

Ende: 12.40 Uhr

BERICHT DER VERHANDLUNGSKOMMISSION ZUR REGIERUNGSBILDUNG

Adenauer: Meine Damen und meine Herren! Zunächst heiße ich Sie herzlich willkommen. Ich bitte um Entschuldigung, daß wir mit Verspätung anfangen müssen. Aber vielleicht gibt es in unserer Sitzung nachher eine Diskussion über einen Punkt, über den wir bereits einig waren. Das erleben wir ja des öfteren in der Parlamentsgeschichte. Es ist wohl am besten, wenn ich zuerst den Herrn Kollegen Dufhues und dann den Herrn Kollegen Barzel als Fraktionsvorsitzenden bitte, einen Bericht über den Lauf der Dinge in den letzten zwei Wochen zu geben.

Dufhues: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich will mich darauf beschränken, Ihnen einen nüchternen Bericht über den Gang der Entwicklung der Verhandlungen seit dem 19. September zu geben. Es hat sich als richtig und als durchaus eindrucksvoll erwiesen, daß sowohl das Präsidium wie auch der Bundesvorstand der CDU gemeinsam mit unseren Freunden von der CSU unmittelbar nach der erfolgreichen Bundestagswahl bereits am 20. September dieses Jahres zu Beratungen zusammentraten, die zu eindeutigen Beschlüssen geführt haben.¹

Sie werden sich erinnern, daß wir uns in beiden Gremien einig darüber waren, den Herrn Bundespräsidenten zu bitten, Herrn Professor Dr. Ludwig Erhard, mit dessen Name der Erfolg der Bundestagswahl entscheidend verbunden ist, als künftigen Bundeskanzler dem Bundestag vorzuschlagen. Diese Entscheidung ist einhellig und einstimmig getroffen worden. Sie hat ihren Eindruck in der Öffentlichkeit nicht verfehlt.

Wir danken dem Herrn Bundesparteivorsitzenden dafür, daß er bereits am 21. September den Auftrag des Präsidiums und des Bundesvorstands ausgeführt und dem Herrn Bundespräsidenten entsprechende Vorschläge unterbreitet hat.² Wir sind uns weiter in der Sitzung vom 20. September darüber einig geworden, eine Kommission zu bilden, die alle mit der Bildung der Regierung verbundenen Fragen beraten sollte. Es wurde weiterhin beschlossen, alle entscheidenden Fragen mit dem Herrn Bundeskanzler abzustimmen, unbeschadet seiner verfassungsmäßigen Autorität und seiner verfas-

1 Vgl. Nr. 1 Anm. 25.

2 MORSEY S. 461.

sungsmäßigen Rechte. Das Präsidium der CDU wurde beauftragt, die Parteifreunde für die Kommission zu benennen, die in dieser Kommission die CDU vertreten sollten. Entsprechende Aufforderungen wurden auch an die Bundestagsfraktion wie an unsere Freunde von der CSU gerichtet.

Am 22. September traten der Vorstand der Bundestagsfraktion der CDU/CSU und am 23. September die Fraktion selbst zusammen³. Hier wurden die Ergebnisse der Beratungen des Bundesvorstands einhellig begrüßt. Man machte sich Gedanken und faßte Beschlüsse, die die weitere Entwicklung der Beratungen zum Gegenstand hatten. Es wurde Einvernehmen darüber erzielt, daß die Vertreter der CDU-Fraktion mit Angehörigen des Bundesvorstands und des Präsidiums der CDU ebenso wie mit unseren Freunden von der CSU zu Besprechungen über die mit der Regierungsbildung zusammenhängenden Fragen zusammenentreten sollten, Besprechungen, die in erster Linie Sachprobleme, im späteren Verlauf auch die personellen Probleme zum Gegenstand haben sollten. Es sollten Besprechungen und Beratungen in Arbeitskreisen in der Bundestagsfraktion durchgeführt werden, die die Ergebnisse ihrer Beratungen alsdann den Repräsentanten aus der Fraktion der CDU/CSU vortragen sollten, um sie gemeinsam mit ihnen zu beraten.

Es wurde weiter festgelegt, daß dann durch eine Verhandlungskommission die Verhandlungen mit der FDP aufgenommen werden sollten. Es wurde weiter besprochen, daß zunächst die Sachfragen und dann die personellen Fragen Gegenstand der Beratungen mit der FDP sein sollten. Bereits damals wurde auf Anregung unseres Freundes Dr. Barzel ein ungefährer Terminplan in Aussicht genommen, der vorläufig als Termin der Wahl des Bundeskanzlers den 20. Oktober dieses Jahres in Aussicht nahm. Am 24. September traten alsdann das Präsidium der CDU und die Führung der CDU-Fraktion sowie Angehörige der Vorstandsschaft der CSU zusammen.⁴ Es wurde die Anregung des Bundesparteivorstands aufgegriffen, die mehrfach erörterte Verhandlungskommission zu bilden. Man einigte sich über folgende Zusammensetzung: von der CDU die Herren Dr. Adenauer, Dr. Scheufelen sowie ich selbst; von der CSU die Herren Dr. Strauß, Dr. Dollinger⁵, Dr. Huber⁶ und Wagner⁷; von der CDU-Fraktion unsere Freunde Dr. Barzel, Struve⁸, Brand⁹, Katzer¹⁰ und Rasner¹¹.

3 Vgl. CDU/CSU-FRATIONS-PROTOKOLLE Nr. 314.

4 Vgl. Anm. 1. Protokolle des Präsidiums liegen nicht vor, nur eine Zusammenfassung der Sitzungen vom 9. August 1965 bis 13. Januar 1966 (ACDP 07-001-053/1).

5 Dr. Werner Dollinger (geb. 1918), Diplom-Kaufmann; 1946–1964 Stadtrat in Neustadt/Aisch (CSU), 1952–1964 Kreisrat, 1953–1990 MdB, 1964–1987 stv. Vorsitzender der CSU, 1962–1966 Bundesforschungsminister, 1966 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, 1966–1969 für Post- und Fernmeldewesen, 1982–1987 für Verkehr. Vgl. LEXIKON S. 221.

6 Dr. Ludwig Huber (geb. 1928), Jurist; 1946–1959 Vorsitzender der JU in Oberbayern, 1953–1955 Sachbearbeiter in der Bayerischen Staatskanzlei, 1958–1977 MdL Bayern, 1963–1970 stv. Vorsitzender der CSU, 1964–1970 Kultusminister in Bayern, 1972–1977 Finanzminister, 1977–1988 Präsident der Bayerischen Landesbank. Vgl. LEXIKON S. 284f.

7 Leo Wagner (geb. 1919), Rektor; 1946–1971 Vorsitzender des KV Günzburg (CSU), 1949–1964 Mitglied des Stadtrats in Günzburg, 1963–1975 Bezirksvorsitzender der CSU Schwaben,

Aufgrund dieser Beratungen wurde Einigkeit und Einvernehmen darüber erzielt, daß die Bereitschaft zu Koalitionsverhandlungen, insbesondere unter Berücksichtigung der Haltung der CSU, nur gegeben sei, falls befriedigende Erklärungen abgegeben würden, die insbesondere die Beteiligung der CSU an diesen Verhandlungen ermöglichten. Zu diesen Voraussetzungen gehört nach einstimmiger Auffassung die Anerkennung des uneingeschränkten Vorschlagsrechts des Bundeskanzlers gemäß Art. 64 des Grundgesetzes¹² und zugleich die uneingeschränkte Präsentationsmöglichkeit der einzelnen Fraktionen, insbesondere auch der CSU. Man wurde sich weiter darüber einig, daß eine angemessene Regelung der Voraussetzungen für eine Zusammenarbeit mit der CSU insoweit gefunden werden müßte, als einmal die Vergangenheit bereinigt und für die Zukunft ein Krieg, wie er in der Form eines Verdicts gegen den Vorsitzenden der CSU ausgetragen ist,¹³ unterbleiben müßte. Wir wollten, daß die Koalitionsarbeit durch derartige Methoden, wie sie unglücklicherweise durch die FDP in die Politik eingeführt worden sind, nicht mehr belastet würde.

Mit einem übereinstimmenden Wunsch wurde Herr Dr. Barzel gebeten, den Vorsitz in der Kommission zu übernehmen, von der ich eben gesprochen habe. Man war sich einig darüber, daß Herr Bundeskanzler Erhard gebeten werden sollte, den Vorsitz der Kommission zu übernehmen, die die Verhandlungen mit der FDP zu führen hatte. Die alsdann folgende Woche war durch interne Beratungen und Besprechungen und durch die Vorbereitung der Sachdiskussionen ausgefüllt. Es fanden wiederum Besprechungen

1961–1976 MdB, 1963–1975 Parlamentarischer Geschäftsführer der CSU, 1971–1975 der CDU/CSU-Fraktion.

8 Detlef Struve (1903–1987), Landwirt; 1946–1950 Landrat Rendsburg (CDU), 1947–1949 MdWR, 1947–1969 Vorsitzender des Bauernverbands Schleswig-Holstein, 1949–1972 MdB.

9 Peter Wilhelm Brand (1900–1978), Prokurst; 1945 Mitgründer des „Aufbaublocks“ (am 26. Juli 1946 in die CDU überführt), 1945–1969 Stadtverordneter in Remscheid (1946–1961 dort Fraktionsvorsitzender), 1953–1969 MdB.

10 Hans Katzer (1919–1996), Textilkaufmann; 1950–1957 Stadtverordneter in Köln (CDU), 1950–1963 Hauptgeschäftsführer und 1963–1977 Vorsitzender der Sozialausschüsse der CDU, 1957–1980 MdB, 1965–1969 Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, 1979–1984 MdEP. Vgl. Günter BUCHSTAB: Hans Katzer, in: *ZEITGESCHICHTE* 11 S. 301–312; *LEXIKON* S. 293 f.

11 Will Rasner (1920–1971), Journalist; 1946 stv. Chefredakteur des „Flensburger Tageblatt“, 1946–1953 Vorsitzender des Schleswig-Holsteinischen Journalistenverbands, 1950–1953 Mitglied des Hauptvorstands des Deutschen Journalistenverbands, 1953–1971 MdB, 1955–1971 Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion.

12 Art. 64 GG Absatz 1: „Die Bundesminister werden auf Vorschlag der Bundeskanzlers vom Bundespräsidenten ernannt und entlassen.“

13 Vgl. „Spiegel“ vom 29. September 1965 Titelgeschichte „Kampf um die Regierungsbildung: Strauß gegen Mende“, Bericht auf S. 23–32, in der Ausgabe vom 6. Oktober Andeutungen auf S. 31, S. 91 Anzeige mit Sympathieerklärung. – Zur FDP vgl. *FDP-BUNDESVORSTANDSPROTOKOLLE* Nr. 63a S. 637 („Der Bundesvorstand hält es getreu den Wahlkampfaussagen für indiskutabel, daß von der Gegenseite überhaupt Strauß als Kandidat für ein Ministeramt angeboten wird.“) und Nr. 63b S. 641 („Der Bundesvorstand hat einstimmig festgestellt, daß sich die FDP im Falle Strauß kompromißlos verhalten soll.“). Vgl. auch *HENTSCHEL* S. 584.

zwischen dem Herrn Bundeskanzler Professor Dr. Erhard und Herrn Dr. Mende statt, um zunächst einmal vorbereitend die Voraussetzungen für die Aufnahme der Koalitionsverhandlungen, insbesondere unter persönlichen Aspekten, zu treffen.

Am 5. und 6. Oktober fanden dann ganztägige Sitzungen der Zehner-Kommission statt, Verhandlungen, die unter dem Vorsitz unseres Freundes Dr. Barzel standen.¹⁴ Es fand zunächst auch hier eine Aussprache über die Voraussetzungen statt, unter denen sich die CSU bereit erklären konnte, an den Koalitionsverhandlungen teilzunehmen. Es wurde Einvernehmen erzielt im Sinne der Überlegungen, von denen ich eben in dem Bericht über eine andere Sitzung gesprochen habe. In dieser Sitzung trug alsdann Professor Dr. Ludwig Erhard – ich möchte meinen, das war der allgemeine Eindruck – in sehr eindrucksvoller Weise die Grundsätze der künftigen Innen- und Außenpolitik vor. Gegenstand der Aussprachen waren insbesondere die außenpolitischen, die Sicherheits- sowie die europäischen politischen Probleme, Aussprachen, an denen sich vor allem der Bundesparteivorsitzende Dr. Adenauer und unser Freund Strauß beteiligten. In der Aussprache über diese Fragen wurde dann für etwa eine Stunde auch Herr Dr. Schröder¹⁵ hinzugezogen. Die vom Herrn Bundeskanzler entwickelten Gedanken über die Innen- und Außenpolitik wurden grundsätzlich gebilligt.

Dieselbe Besprechung befaßte sich auch mit den Problemen einer Kabinettsreform. Es wurde die Frage erörtert, ob die Zahl der Ressorts und Ministerien vermindert werden könne; da eine weitere Frage damit untrennbar in Zusammenhang stand und steht, wurde auch geprüft, ob Staatsminister, parlamentarische Staatssekretäre oder ähnliche Möglichkeiten geschaffen werden sollten. Das Für und Wider wurde besprochen. Abschließende Ergebnisse wurden in diesen Besprechungen nicht erzielt. Aber ich darf vorwegnehmen, daß im Verlaufe der Beratungen der dann folgenden Tage sowohl der Gedanke einer starken Reduzierung der Zahl der Bundesminister wie auch der Schaffung des Instituts von Staatsministern oder parlamentarischen Staatssekretären sehr stark zurücktrat. Ich möchte meinen, als Ergebnis der bisherigen Überlegungen feststellen zu können, daß diese Frage jedenfalls für die Beratungen der kommenden Tage bis zur Regierungsbildung nicht von wesentlicher Aktualität ist. Wesentliche Korrekturen in der Zahl der Ministerien sind offensichtlich nicht in Aussicht genommen. Die Schaffung der Institution von Staatsministern und parlamentarischen Staatssekretären be-

14 Teilnehmerliste vom Treffen am 5. Oktober 1965 mit dem Bundeskanzler im kleinen Kabinettssaal (14 Personen) in ACDP 01-554-001/2. Vgl. auch CDU/CSU-FAKTIONS-PROTOKOLLE S. 1576-1580 und Nr. 317, dort Bericht über den Verlauf der Koalitionsverhandlungen; „Welt“ vom 5. Oktober 1965 „Erhard und Barzel erörtern künftige Regierungspolitik“; „Notizen zur Regierungsbildung“ vom 5. Oktober 1965 in ACDP 01-157-011/1.

15 Dr. Gerhard Schröder (1910-1989), Jurist; 1949-1980 MdB (CDU), 1953-1961 Bundesinnenminister, 1955-1978 Bundesvorsitzender des EAK der CDU/CSU, 1961-1966 Bundesminister des Auswärtigen, 1966-1969 Bundesminister der Verteidigung, 1967-1973 stv. Bundesvorsitzender der CDU, 1969-1980 Vorsitzender des Außenpolitischen Ausschusses des Bundestags. Vgl. LEXIKON S. 361f. – Zur Sitzung vgl. HENTSCHEL S. 581.

dürfte einer gesetzlichen Regelung, die erst der kommende Bundestag beschließen könnte.¹⁶

Im Verlaufe der weiteren Beratungen der Zehner-Kommission wurde eine Kommission für Koalitionsverhandlungen unter dem Vorsitz von Professor Dr. Ludwig Erhard gebildet. In diese Kommission wurden gewählt von der CDU die Herren Dr. Barzel, Struve und Rasner, von der CSU die Herren Dr. Strauß, Dr. Dollinger und Wagner. Außerdem wurde ich aufgefordert, an den Beratungen teilzunehmen. Unser Herr Bundesparteivorsitzender meinte, auf das besondere Vergnügen von Koalitionsverhandlungen in diesem Falle verzichten zu sollen.

Am 11. Oktober trat der Fraktionsvorstand der Bundestagsfraktion der CDU/CSU zu einer ganztägigen Sitzung zusammen,¹⁷ an der allerdings am Nachmittag unsere Freunde von der CSU nicht teilnehmen konnten, weil sie zu wichtigen Beratungen nach München berufen wurden. Bundeskanzler Dr. Erhard trug auch dem Fraktionsvorstand seine innen- und außenpolitischen Pläne vor. Die Grundsätze seiner Überlegungen fanden einstimmige Billigung. Es wurde im Anschluß an die Beratungen – wegen der Fragen, die mit dem Haushaltsausgleich der künftigen Finanz- und Steuerpolitik zusammenhängen – eine Kommission gebildet, die sich mit den Problemen des Haushaltsausgleichs, der Reform der Haushaltsberatung und den damit zusammenhängenden Fragen befassen sollte. Leider ist über die Tätigkeit dieser Kommission bereits sehr voreilig in der Öffentlichkeit berichtet worden.¹⁸ Ich würde es dankbar begrüßen, wenn dieser Schwerpunkt der Beratungen der Innenpolitik insbesondere in den Darlegungen unseres Freundes Dr. Barzel seinen Niederschlag fände.

Nachdem nun intern in den Beratungen sowohl der Zehner-Kommission als auch der sonstigen Beteiligten die Voraussetzungen für die Aufnahme der Beratungen und Verhandlungen mit der FDP gegeben waren, traten die Verhandlungskommissionen der beiden Gruppen am 12. Oktober zusammen. Die Ergebnisse dieser Beratungen sind Ihnen weitgehend mitgeteilt worden. Es entsprach der besonderen Situation der jetzigen Regierungsbildung, daß hier zunächst die Voraussetzungen erörtert werden mußten, unter denen die CSU bereit war, sich an den Verhandlungen zu beteiligen. Die Beratungen

16 Das Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Parlamentarischen Staatssekretäre wurde am 6. April 1967 verabschiedet, BGBI 1967 I, S. 396. Vgl. Heinz LAUFER: Der Parlamentarische Staatssekretär. Eine Studie über ein neues Amt in der Bundesregierung. München 1969; Ilse STAFF: Die Rechtsstellung der Parlamentarischen Staatssekretäre. Frankfurt/Main 1970. Parlamentarischen Staatssekretären kann der Titel „Staatsminister“ zuerkannt werden (bislang nur im Bundeskanzleramt und im Auswärtigen Amt).

17 Vorstandsprotokolle für den Zeitraum von August 1965 bis November 1976 nicht vorhanden. Vgl. „Notizen zur Regierungsbildung“ vom 11. Oktober 1965 in ACDP 01-157-011/1; „Welt“ vom 12. Oktober 1965 „Fraktionsvorstand stellt sich hinter Erhard – Adenauer isoliert“.

18 Vgl. „Welt“ vom 13. Oktober 1965 „Die Sparkommission hat die Arbeit aufgenommen“. Der Fraktionsvorstand hatte in seiner Sitzung am 11. Oktober 1965 die Einsetzung einer Kommission zur Prüfung der Haushaltslage beschlossen. Als Mitglieder wurden benannt Peter Wilhelm Brand, Alfred Burgemeister, Otto Schmidt, Josef Stingl sowie je ein weiteres Mitglied aus den Arbeitskreisen, vgl. CDU/CSU-FRATIONS-PROTOKOLLE S. 1568, S. 1575. Die eingesetzte Kommission beendete ihre Arbeit vor dem 18. Oktober wieder, vgl. EBD. S. 1577.

fanden ihren Niederschlag in einer Mitteilung, die ich heute in Ihr Gedächtnis zurückrufen möchte. Es heißt hier:

„Im Interesse einer dem Wahlergebnis entsprechenden fruchtbaren Zusammenarbeit erklärten sich die Verhandlungskommissionen der CDU/CSU und der FDP in dem Willen nach Fortführung der bisherigen Koalition bereit, unverzüglich Besprechungen aufzunehmen, um die in die Vergangenheit reichenden Streitfragen zu bereinigen. Unbeschadet des Art. 38 GG, der die Gewissensverantwortung des einzelnen Abgeordneten festlegt und regelt¹⁹, sind sich die Verhandlungskommissionen der CDU/CSU und der FDP darüber einig, daß die Koalitionsverhandlungen ohne irgendwelche Vorbehalte geführt werden.“²⁰

Dies zunächst ohne personelle und sachliche Vorbehalte! Man war sich einig darüber, daß die Formel irgendwelcher Vorbehalte nicht weiterführe. Es heißt dann weiter:

„Insbesondere werden das uneingeschränkte Vorschlagsrecht des Bundeskanzlers gemäß Art. 64 des Grundgesetzes und die uneingeschränkte Präsentationsmöglichkeit der Fraktion anerkannt. Die Besprechungen sollen am Mittwoch fortgesetzt werden.“

Dieser Entschließung bitte ich zu entnehmen, daß eine Bereinigung der Streitfragen in Aussicht genommen worden war. Über diesen Problemkreis wurde am nächsten Tag weiter verhandelt. Es wurde ein Dokument gemeinsam abgestimmt – jedenfalls in den wesentlichen Teilen –, das von allen Beteiligten akzeptiert wurde; insbesondere auch von der CSU. Es wurde allerdings von der FDP die dann von uns allen akzeptierte Bedingung daran geknüpft, daß eine Veröffentlichung des Inhalts dieses Dokuments erst erfolgen solle, wenn die Fraktionsverhandlungen zu einem erfolgreichen Abschluß geführt hätten.

Am Vormittag des nächsten Tages trat zunächst die Zehner-Kommission wieder zusammen. Es wurde über das Ergebnis der bisherigen Beratungen gesprochen. Die Zehner-Kommission nahm zustimmend von dem Ergebnis der Beratungen Kenntnis. Am Nachmittag wurden alsdann die Verhandlungen mit der FDP-Kommission fortgesetzt. Das erste Ergebnis war das Dokument, von dem ich gesprochen habe. Am Nachmittag erfolgte alsdann eine Aussprache über innen- und außenpolitische Fragen, wobei die Konzessionsbereitschaft, die Bereitschaft zum Entgegenkommen, von Seiten der FDP und insbesondere ihres Bundesvorsitzenden besonders bemerkenswert war. Es zeigte sich das offensichtliche Bestreben der FDP, kontroverse Darlegungen nicht nur zu vermeiden, sondern auch ein Höchstmaß an Übereinstimmung zu präsentieren.

Das gilt insbesondere für die Darlegungen des Herrn Mende und seiner Freunde zu dem Problem der Deutschlandpolitik. Ich will nur einige Stichworte hier wiederholen, um das Klima der Verhandlungen zu kennzeichnen: Kein Arrangement der Deutschlandpolitik auf der Grundlage des Status quo – so erklärte Herr Mende. Wirtschaftliche

19 Art. 38 GG Absatz 1 Satz 2: „Sie [die Abgeordneten] sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen.“

20 Vollständiger Text des Beschlusses vom 12. Oktober 1965 in CDU/CSU-FRAKTIONSPROTOKOLLE S. 1577, Communiqué zum Abschluß der Sachgespräche S. 1578, Vereinbarung über die Fortsetzung der Koalition von CDU, CSU und FDP S. 1581.

Opfer im Interesse der Förderung menschlicher Beziehungen: ja, jedoch keinerlei Aufgabe von Rechtspositionen. In der Frage der gesamtdeutschen technischen Kommissionen eindeutiges Abrücken von früheren Erklärungen.²¹ Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen zu den Staaten des Ostblocks: wünschenswert und ja, aber keinesfalls zum derzeitigen Zeitpunkt. Die Konkretisierung solcher Überlegungen sei der Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers anvertraut. Keinerlei Schritte, die die Anerkennung der Grenzen und der politischen Verhältnisse, insbesondere im osteuropäischen Raum beinhalten. Keinerlei Konzessionen an die Zwei-Staaten-Theorie.

Sie sehen an diesen wenigen Stichworten, wie sehr man bemüht war, die Schatten der Vergangenheit zu beseitigen und von Erklärungen der Vergangenheit abzurücken, um die Voraussetzungen für eine Koalition zu schaffen.

In den Fragen der Haushalts- und Finanzpolitik, der Wirtschafts-, der Sozial- und der Agrarpolitik wurde weitgehende Übereinstimmung festgestellt. Naturgemäß blieben noch einige Fragen offen, nicht zuletzt aus dem Bereich der Sozialpolitik. Stichwort: arbeitsrechtliche Lösung der Lohnfortzahlung. Man wurde sich einig darüber, daß die Erörterung und Behandlung sowie die Entscheidung dieser Frage weiteren Besprechungen innerhalb der Koalition vorbehalten bleiben sollte.

Meine Damen und Herren! Wir sollten uns mit den Beratungen zum Haushaltsausgleich und den damit zusammenhängenden Fragen darüber klar sein, daß wir hier vor sehr schwerwiegenden Fragen und Problemen stehen. Stichwort: Vorschaltgesetz, um eine Möglichkeit zur Kürzung bereits beschlossener Ausgaben zu erreichen. Stichwort: Steuererhöhungen!²² Ein sehr bedenklicher Vorschlag, der überall Mißtrauen und Bedenken ausgelöst hat, auch bei dem Herrn Bundeskanzler Professor Dr. Ludwig Erhard. Wir sollten uns weiterhin unter allgemeinen politischen Gesichtspunkten und Aspekten in diesem Kreise darüber einig sein, daß die Politik der nächsten vier Jahre nicht nur in der Kürzung bereits gefaßter Beschlüsse bestehen kann, sondern daß wir den Versuch unternehmen müssen, auch in den kommenden vier Jahren eine Sozialpolitik und Gesellschaftspolitik zu betreiben, die unsere politischen Ziele realisiert, so daß wir mit guten Ergebnissen in die Bundestagswahl von 1969 hineingehen können.

21 Die FDP hatte am 27. September 1965 vorgeschlagen, gemischte deutsch-deutsche Kommissionen einzurichten für die Fragen des Personenverkehrs, des Wirtschafts- und Warenaustauschs sowie für gesamtdeutsche Sport- und Kulturveranstaltungen (OSTERHELD S. 242).

22 Anspielung auf die steuerlichen Auswirkungen des Problems der Lohnfortzahlung. Bundesarbeitsminister Katzer hatte hier eine Denkpause verkündet. Das Thema wurde bis zum Vorstoß von Wirtschaftsminister Karl Schiller im September 1968 nicht mehr öffentlich erörtert. Dieses Schweigen wurde im November 1968 von dem Unionsabgeordneten Thomas Ruf als Tabuisierung beschrieben, vgl. Thomas RUF: Lohnfortzahlung (= Zum Dialog 10). Bonn 1968; HILDEBRAND sieht „mannigfache unions- und koalitionsinterne Gründe“ als ursächlich an, daß die Lohnfortzahlung für Arbeiter nicht verwirklicht wurde, S. 122. Zu einem Vorschaltgesetz, also „eine als vorläufig bezeichnete gesetzliche Regelung“, in der eine „endgültige Regelung“ angekündigt wird (DATENHANDBUCH 2 S. 2379), kam es nicht.

Die Stellungnahme der FDP zu den Problemen der Notstandsverfassung, des Parteiengesetzes und der Parteienfinanzierung war durchaus positiv.²³ Sie sagte ja zu all den Fragen und Auffassungen, die von unserer Seite hier vertreten wurden. Sie war auch einverstanden mit der sofortigen Aufnahme der Beratung über die Strafrechtsreform und anderer Fragen.

Die Beratungen führten schließlich zu der Feststellung, daß CDU/CSU und FDP in allen wesentlichen Sachfragen die Voraussetzungen für eine Koalition als gegeben erachteten. Das hat Herr Strauß im Zusammenhang mit zwei Fragen ausdrücklich festgestellt, insbesondere im Hinblick auf die Diskussionen über die gesamtdeutschen technischen Kommissionen und auch im Hinblick auf die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den Staaten des Ostblocks, nachdem gerade über diese Frage eine Aussprache zwischen ihm und den Herren der FDP stattgefunden hatte. Es bestand, abgesehen von dem Einvernehmen in den Sachfragen, weiter Einigkeit darüber, daß es nicht wünschenswert wäre, die Politik der kommenden vier Jahre in einem Koalitionsabkommen auszudrücken.²⁴ Man war sich vielmehr einig darüber, daß sinnvolle personelle und vielleicht auch Sondermaßnahmen getroffen werden müßten, um die ständige Koordinierung und Abstimmung der von der Bundesregierung, der CDU/CSU und der FDP geplanten Maßnahmen und Überlegungen sicherzustellen.

Am gestrigen Tage begann alsdann die Besprechung von Personalfragen. Herr Bundeskanzler Professor Dr. Erhard empfing zunächst eine Kommission der FDP und später eine Kommission der CDU/CSU. Über diese streng vertraulich geführten Besprechungen hat die Presse in einem Maße berichtet, daß ich auf Einzelheiten hier nicht näher eingehen möchte.²⁵ (*Bewegung und Heiterkeit.*) Ich würde es auch nicht für wünschenswert halten, daß wir hier in eine umfassende Diskussion über personelle Fragen eintreten sollten, einmal im Hinblick auf die Verantwortung und Kompetenz des Herrn Bundeskanzlers Ludwig Erhard für diese Frage und nicht zuletzt auch im Hinblick auf den Respekt, den wir dem Herrn Bundespräsidenten gerade bei der Erörterung dieser Fragen schulden. (*Kohl:* Herr Dufhues, Sie können die Zeitungen nennen, die es am besten wiedergeben; dann wissen wir es ja! – *Heiterkeit.*) Ich habe nicht alle Zeitungen studieren können. Es hat sich aber eine ganze Menge dort angesammelt.

Im Mittelpunkt der Beratungen – das ist auch kein Geheimnis geblieben – standen Herr Mende und das gesamtdeutsche Ministerium. Der Herr Bundeskanzler Erhard und – so meine ich – sämtliche Mitglieder der Kommission haben sich bemüht, auch bei allen personellen Fragen eine Haltung einzunehmen, die eine koalitionsmäßige Zusammenarbeit mit der FDP ermöglicht. Sie wissen, daß in Aussicht genommen worden ist, Herrn Mende die Vertretung des Bundeskanzlers zu übertragen, außerdem ein gewichtiges Ressort, über das im einzelnen noch gesprochen werden müßte.

23 Vgl. BULLETIN Nr. 115 vom 7. Juli 1965 S. 929–932 (zur Notstandsverfassung) und Sten.Ber. 4. WP 170. Sitzung vom 10. März 1965 S. 8571–8592 (Debatte über das Parteiengesetz).

24 Vgl. „Welt“ vom 13. Oktober 1965 „CDU/CSU und FDP kamen sich näher“.

25 Vgl. „Welt“ vom 15. Oktober 1965 „Kampf um Mendes Amt führt zur Krise – Gespräche abgebrochen“.

Es sind weiter Überlegungen angestellt worden, um der FDP die sachliche Mitwirkung an Problemen der Außen- und Deutschlandpolitik zu ermöglichen, etwa im Rahmen des Verteidigungsrats oder – beides ist möglich – im Rahmen des Staatssekretärausschusses, der die Behandlung der Deutschlandprobleme entscheidend zu beeinflussen in der Lage ist. (Schmitz²⁶: Kann das nicht das Ministerium aussuchen?) Nein, das kann es nicht. Die Entscheidung liegt ausschließlich bei Bundeskanzler Erhard. Darüber bestand Einvernehmen. Das ist auch von der FDP respektiert worden.

Diese Vorschläge und Überlegungen widerlegen eindeutig die nach der heutigen Presse von der FDP aufgestellte Behauptung, daß die FDP aus dem Bereich der Außen- und insbesondere der Deutschlandpolitik ausgeschaltet werden sollte.²⁷ Wir waren der Auffassung, daß wir mit gutem Recht das gesamtdeutsche Ministerium für die CDU/CSU in Anspruch nehmen könnten. Ich darf daran erinnern, daß im Jahre 1963 dieses Ministerium, das damals unser Parteifreund Dr. Barzel verwaltete, der FDP übertragen und anvertraut worden ist²⁸ – ich möchte meinen, mit tiefen Bedauern der CDU/CSU. Nach der Änderung der Situation, auch der Kräfteverhältnisse in der Zusammensetzung des Bundestags, ist es nicht nur das legitime Recht des Bundeskanzlers, sondern auch ein zu respektierender Wunsch aller Beteiligten auf unserer Seite, daß hier eine Änderung eintritt und das Ministerium für gesamtdeutsche Fragen einem Mitglied der CDU/CSU anvertraut wird.

Es mag dies die FDP zähnekirnischend oder mit Bedauern zur Kenntnis nehmen, aber die Realitäten rechtfertigen eine solche Entscheidung durchaus. Wir sind Herrn Bundeskanzler Erhard dafür dankbar, daß er diese Haltung eingenommen hat. Herr von Kühlmann-Stumm²⁹ erklärte am Schluß der langwierigen Beratungen zu dieser Frage, daß die FDP nicht bereit sei, auf das Ministerium für gesamtdeutsche Fragen durch Herrn Mende in dieser Stunde – so sagte er zweimal – zu verzichten. Die Verhandlungen wurden unterbrochen, da eine Einigung nicht erzielt werden konnte.

Meine Damen und Herren! Ich möchte mich auf diesen Überblick der Beratungen und Verhandlungen beschränken. Ich wäre sehr dankbar, wenn die Darlegungen noch in dieser oder jener Frage durch Herrn Barzel ergänzt würden. Aber ich meine, daß der Bundesvorstand bereits in dieser Stunde Veranlassung hat, Herrn Bundeskanzler Professor Dr. Ludwig Erhard für die Führung und die sehr sorgfältige Vorbereitung der Verhandlungen und für die feste Vertretung des Standpunktes der CDU/CSU ebenso wie Herrn Dr. Barzel für die geschickte und erfolgreiche Führung der Beratungen in der Verhandlungskommission zu danken. (*Lebhafter Beifall.*) Der Bundesvorstand sollte

26 Hans Schmitz (1896–1986), Unternehmer; 1947–1952 und 1966–1970 Präsident der Industrie- und Handelskammer und der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels, 1949–1953 MdB (CDU).

27 Vgl. „Frankfurter Rundschau“ vom 15. Oktober 1965 „Erhard weicht vor Strauß zurück“; „Rheinische Post“ vom 15. Oktober 1965 „Kommt es zum Bruch wegen Mende?“

28 Minister war und blieb auch im neuen Kabinett Erich Mende (1961–1966).

29 Knut Freiherr von Kühlmann-Stumm (1916–1977), Land- und Forstwirt; 1960–1976 MdB (1960–1972 FDP, 1963–1968 Fraktionsvorsitzender, seit 1972 CDU).

weiterhin danken unseren Freunden in der CSU für die vertrauensvolle Zusammenarbeit, die sich bei den Beratungen der vergangenen Tage ergeben hat.

Es kommt für den Erfolg unserer Arbeit entscheidend darauf an, daß CDU und CSU zusammenstehen und eng zusammenarbeiten. Ich hoffe, daß bereits zu Beginn der kommenden Woche auch jene Fraktionsgemeinschaft beschlossen und vereinbart werden kann, die die Grundlage für eine derartige erfolgreiche Zusammenarbeit ist. Ich möchte aber, meine Damen und Herren – das bitte ich mir gütigst zu verzeihen, daß ich es tue –, all den Parteifreunden danken, die der Versuchung nach Interviews, Presseerklärungen usw. in den vergangenen Wochen widerstanden haben. (*Lebhafter Beifall.*) Ich sage das deshalb, weil eine Situation wie die gegenwärtige naturgemäß eine Versuchung für jeden ist, erneut Erklärungen abzugeben und seine Auffassungen zur allgemeinen Situation darzulegen. Ich habe die herzliche Bitte an Sie, in der Zukunft ausnahmslos Versuchungen dieser Art, die nun einmal in einer „Fernsehdemokratie“ auf der Hand liegen, zu widerstehen, damit die sachlichen Beratungen weitergehen können.

Zum Schluß noch folgendes: Die Wahlentscheidung vom 19. September dieses Jahres hatte ein durchaus eindeutiges Votum, nämlich einmal, dem Herrn Bundeskanzler Erhard auch für die kommenden Jahre die Verantwortung über die deutschen Regierungsgeschäfte anzuerufen, und zum zweiten das ganz klare und hier besonders hervorzuhebende Votum, die künftige Politik und Koalitionsarbeit unter maßgebender Führung der CDU/CSU vonstatten gehen zu lassen. Es bleibt doch wohl ein berechtigter Hinweis noch, nämlich festzustellen, daß der sich nur mit einem politischen Kapital von – ich habe es ausgerechnet – rund 18% an der künftigen Bundesregierung und an der Politik der nächsten vier Jahre zu beteiligende Koalitionspartner³⁰ in der Lage ist, nicht als politischer Kleinaktionär alle wesentlichen Fragen seiner Entscheidung vorbehalten kann. Er kann auch nicht nach dem Ergebnis der Beratungen dieser Wochen vor die Öffentlichkeit hintreten und sagen: Wir haben erreicht, daß dieser Minister bleiben wird. Wir haben erreicht, daß dieser Minister nicht wiederkommt. Wir haben erreicht, daß dieser Minister dieses Ressort erhält. – Das entspricht einfach nicht den gegebenen Kräfteverhältnissen und auch nicht den Gesichtspunkten der Loyalität, die im Verhältnis von Koalitionspartnern zu wahren sind.

Aber ebenso eindeutig, meine lieben Freunde, ist es, daß wir als die stärkere CDU/CSU eine maßvolle Haltung einnehmen müssen, um die politischen Ziele im Auge zu behalten und zu verwirklichen, die wir uns gestellt haben.

Das ist in den bisherigen Verhandlungen geschehen. Ich meine, daß wir jede Veranlassung haben, gerade in diesen Tagen Geduld, Festigkeit und Zähigkeit zu beweisen, um zu erreichen, daß wir zu einem möglichst baldigen Abschluß der Koalitionsverhandlungen kommen. So sehr wir alle aus guten und gewichtigen Gründen eine baldige und schnelle Entscheidung wünschen, so wichtig ist es aber auch, daß wir eine Regie-

30 Im 1. wie auch im 2. Kabinett Erhard stellte die FDP vier von 21 Ministern. Vgl. KEMPF/MERZ S. 793–795.

rung bilden, die den Aufgaben der kommenden Zeit gewachsen ist. Dazu gehören – ich wiederhole es – Geduld und Zähigkeit.

Die taktische Situation für die kommenden Beratungen und Verhandlungen scheint mir durchaus gut zu sein. Auch das ist ein Ergebnis der bisherigen Beratungen. Wir haben erreicht, daß die Diffamierungen und das Verdict gegen Franz Josef Strauß aus den Beratungen beseitigt sind. Wir haben dank der Haltung unseres Freundes Strauß hier eine Verständigung erzielen können. Wir haben zum zweiten erreicht, daß eine völlige Einigung über die Sachfragen herbeigeführt werden konnte, soweit diese Einigung zur Bildung einer Koalition notwendig ist. Auch das ist der deutschen Öffentlichkeit mitgeteilt worden. Wir stehen nun vor der Frage, ob eine dem Votum unserer Wähler vom 19. September entsprechende Koalition scheitern soll an einem Wunsch,³¹ wie Sie ihn heute aus der Presse entnommen haben. Ich meine, das würde dem Votum der Wähler vom 19. September nicht entsprechen. (*Lebhafter Beifall.*)

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich danke dem Herrn Kollegen Dufhues für seinen Vortrag. Ehe ich Herrn Barzel das Wort gebe, darf ich die Liste derjenigen, die sich entschuldigt haben – sie ist mir in der Zwischenzeit zugegangen –, verlesen: Die Herren Blumenfeld³², Dichtel, Jansen³³, Dr. Krone, Kiesinger, Prof. Dr. Mikat, Dr. Röder³⁴, Dr. Otto Schmidt³⁵, Dr. Seeböhm³⁶ und Bauknecht³⁷. – Ich darf nunmehr Herrn Kollegen Barzel bitten.

31 Im Streit um die Besetzung des gesamtdeutschen Ministeriums mit Mende (FDP), den vor allem die CSU ablehnte, wurde der FDP mehr Flexibilität empfohlen, vgl. Jürgen TERN: „Koalitionsbeschwerden“, in: FAZ vom 15. Oktober 1965; Joachim SOBOTTAA: „Festgebissen“, in: „Rheinische Post“ vom 15. Oktober 1965.

32 Erik Bernhard Blumenfeld (1915–1997), Kaufmann; 1946–1955 und 1966–1970 MdHB (CDU), 1958–1968 Vorsitzender des LV Hamburg, 1961–1980 MdB, 1979–1989 MdEP. Vgl. LEXIKON S. 198; Helmut STUBBE DA LUZ: Erik Blumenfeld, in: CHRISTLICHE DEMOKRATEN GEGEN HITLER S. 100–107.

33 Walter Jansen (1899–1969), Diplom-Landwirt; 1946 persönlicher Referent des hessischen Ministerpräsidenten, 1946–1964 Landrat in Schlüchtern, 1950–1966 MdL Hessen (CDU), 1950–1966 Vizepräsident des Hessischen Landtags.

34 Dr. Franz Josef Röder (1909–1979), Studienrat; 1955–1979 MdL Saarland (CDU), Januar bis Oktober 1957 MdB, 1957–1965 Minister für Kultus, Unterricht und Volksbildung, 1959–1979 Ministerpräsident des Saarlands, 1959–1973 Vorsitzender des LV Saar. Vgl. LEXIKON S. 349 f.

35 Dr. Otto Schmidt (1902–1984), Rechtsanwalt und Verleger; Mitgründer der CDU in Wuppertal, 1948/49 Oberbürgermeister, 1950–1953 Minister für Wiederaufbau in Nordrhein-Westfalen, 1953/54 für Arbeit und Soziales, 1954–1958 MdL Nordrhein-Westfalen, 1957–1972 MdB. Vgl. LEXIKON S. 357.

36 Dr. Hans-Christoph Seeböhm (1903–1967), Bergbauingenieur; 1946–1960 Deutsche Partei, bis 1955 deren 2. Vorsitzender, 1946–1951 MdL Niedersachsen, 1946/47 Minister für Aufbau und Arbeit und 1947/48 für Arbeit, Aufbau und Gesundheit in Niedersachsen, 1949–1967 MdB (DP, ab 1960 CDU), 1949–1966 Bundesminister für Verkehr, 1959–1967 Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft. Vgl. LEXIKON S. 364 f.

37 Bernhard Bauknecht (1900–1985), Landwirt; 1947–1949 MdL Württemberg-Hohenzollern (CDU), 1949–1969 MdB (1953–1969 Vorsitzender des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten), 1959–1969 Vizepräsident des Deutschen Bauernverbandes.

Barzel: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich bitte zunächst um Entschuldigung, daß ich zeitweilig nicht anwesend sein konnte, es gab in der Zwischenzeit so etwas wie einen Nebenkriegsschauplatz. Ich glaube, es ist ein Kriegsschauplatz, der mich zu dieser Stunde zu der Hoffnung oder Aussicht berechtigt – ich weiß nicht recht, wie ich es formulieren soll –, daß die FDP sich bewegt zu dieser Stunde. Vielleicht werden wir im Laufe der Verhandlungen noch mehr darüber hören.

Ich glaube, daß Herr Kollege Dufhues Sie vorzüglich informiert hat. Deswegen kann ich mich auf ganz wenige Ergänzungen beschränken. Zu dieser Stunde wissen wir nicht, ob wir eine Koalition mit der FDP zustande kriegen. Wir wissen auch nicht, ob es eventuell eine Minderheiten-Regierung geben wird. Wir wissen nur, daß Herr Bundeskanzler Erhard entschlossen ist, den Willen des deutschen Volkes zu vollziehen und sich am Mittwoch zur Wahl zu stellen. (*Starker Beifall.*) Deshalb wissen wir – wie ich hoffe, alle miteinander –, daß dies die Stunde ist, in der wir uns um den Kanzler Erhard scharen, und zwar lückenlos und fugenlos.

Nun zur zweiten politischen Bemerkung, die ich machen möchte! Wenn wir mit den Freien Demokraten in eine recht heftige Krise geraten sind, dann ganz sicherlich nicht, weil den einen oder anderen dieses oder jenes juckt, sondern weil es wirklich einfach notwendig ist, einmal über diesen Staat zu sprechen. Ich erinnere an die letzte Krise, die wir hatten, als Justizminister Bucher³⁸ zurückgezogen wurde. Damals haben die Freien Demokraten so getan in ihren Gesprächen – ich will es einmal bildlich darstellen –, als sei dies ein Aufsichtsrat der Regierung, in der sie soundso viele Mandate haben, und davon könnten sie ruhig einmal eines zurückziehen. Als wir dann gesagt haben, dies sei aber ein Staat, und hier brauche Deutschland einen Minister, haben sie das gar nicht verstanden. Das war also eine große Krise. Der Herr Bundeskanzler hat damals den Knoten durchgehauen, indem er Herrn Weber³⁹ zum Bundesjustizminister ernannt hat.

Jetzt sind wir in einer ähnlichen Lage. Wir sprechen von Partnerschaft, aber sie kommen mit apodiktischen Geschichten. Sie hören nicht zu und sind eigentlich nicht verhandlungsbereit in wesentlichen Dingen. Sprechen wir es doch ganz offen aus! Sie sagen: Wir gehen nie in eine Koalition, wenn Herr Strauß der Regierung angehört. Wir gehen nie in die Koalition, wenn Erich Mende nicht das gesamtdeutsche Ministerium bekommt. – Das sagen sie, obzwar wir uns einen ganzen Tag unterhalten haben über die Frage der uneingeschränkten Rechte des Herrn Bundeskanzlers. Dies ist nicht eine Frage von parteipolitischen Mätzchen, sondern eine Frage unseres Staates: Wählen wir einen Bundeskanzler nach dem Grundgesetz, ja oder nein?

38 Ewald Bucher (1914–1991), Jurist; 1950 DVP, 1953–1968 MdB (FDP), 1956 parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion, 1962–1965 Bundesminister der Justiz, 1965/66 für Wohnungswesen und Städtebau. Vgl. KEMPF/MERZ S. 187–190. – Am 26. März 1965 war Bucher vom Amt des Justizminister zurückgetreten. Er hatte sich – wie auch seine Partei – dagegen ausgesprochen, die Verjährungsfrist für NS-Verbrechen rückwirkend zu verlängern.

39 Karl Weber (1898–1985), Jurist; 1946–1968 Intendant des Koblenzer Musikinstituts, 1947–1974 Präsident der Anwaltskammer Koblenz, 1949–1965 MdB (CDU), 1. April–17. Oktober 1965 Bundesminister der Justiz, 1967–1974 Präsident der Bundesrechtsanwaltskammer.

Ich denke, daß wir uns hier auf der richtigen Linie bewegen. Ich hoffe, daß Sie die Vorträge hier auch billigen werden, sonst werden wir schlechter weiterverhandeln können. Ich glaube, daß Herr Dufhues die drei schwierigsten Punkte aufgezeichnet hat. Das eine war die Frage der Außenpolitik. Hier liegen die Probleme mehr bei uns selbst.⁴⁰ Das zweite war die Frage der Rechte des Bundeskanzlers mit dem Blick auf den Vorsitzenden der CSU. Wir haben uns das zu eigen gemacht und gesagt, das ist eine Frage unserer eigenen Selbstachtung als Union insgesamt, ob man dieses Verdikt aufrechterhält oder nicht. Herr Kollege Strauß – ich möchte ihm hier danken – hat es dadurch ermöglicht, daß wir eine Zwischenformulierung fanden, die noch nicht verabschiedet werden konnte, weil die FDP sich vorbehalten hatte, es erst am Schluß eines glücklichen Ausgangs zu tun. Er hat sich damit einverstanden erklärt, daß wir zuerst über andere Fragen verhandeln. Und so kamen wir, wie ich glaube, in die gute Lage, daß wir mitteilen konnten, wir seien einig in der Sache. Ich glaube, daß dies der entscheidende Vorteil war, um hier die Situation herauszuarbeiten, die wir für unseren Bundeskanzler brauchten.

Ich möchte auf die Frage der gesamtdeutschen Politik hier gar nicht eingehen. Ich glaube, da liegen die Worte fest. Was den Blick nach vorn betrifft, würde ich glauben, hier sollten wir weiterhin sehr freundlich sein, gesprächsbereit, aber zugleich in aller Gelassenheit erklären: Wir wollen am Mittwoch den Herrn Ludwig Erhard zum Bundeskanzler wählen, wie sich auch der deutsche Wähler entschieden hat. Wir sollten nicht mit neuen Vorschlägen kommen, wir sollten nicht mit Interviews kommen. Wir sollten eine ganz gelassene Linie zeigen. In dem Ausmaß, in dem wir das tun, werden wir uns am Schluß auch durchsetzen. Ich hoffe, daß eine Bewegung, die zur Stunde im Gange ist, zu einem gewissen Punkt führt, daß wir nachher noch darüber sprechen können.

Es gibt noch ein weiteres Problem, das ich Ihnen hier vorzutragen verpflichtet bin, weil es möglicherweise eine Rolle spielen könnte in der nächsten Woche. Wir müssen nämlich das Ganze sehen, was vor uns liegt. Die Sozialdemokraten bestreiten, daß wir eine Fraktionsgemeinschaft seien.⁴¹ Dazu gibt es aber keinerlei Anlaß. Ich möchte an dieser Stelle erinnern, daß in der gemeinsamen Sitzung der alten und der neuen Fraktion Kollege Strauß bewußt vorgeschlagen hat, die gegenwärtige Führung zu bevoll-

40 Die „Atlantiker“ traten für ein enges Bündnis mit den USA, die Stärkung der übernationalen Elemente und der Organisationen der europäischen Gemeinschaft, den Beitritt Großbritanniens zur EWG sowie eine flexiblere Haltung gegenüber den osteuropäischen Staaten ein. Führende Repräsentanten waren Gerhard Schröder und Ludwig Erhard. Die „Gaullisten“ wollten das Gewicht der Bundesrepublik Deutschland gegenüber den USA durch eine enge deutsch-französische Zusammenarbeit und den Zusammenschluß Westeuropas stärken. Sie hielten am Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik und der „Hallstein-Doktrin“ fest. Ihre Vertreter waren u. a. Konrad Adenauer, Franz Josef Strauß, Josef Hermann Dufhues, Eugen Gerstenmaier und Karl Theodor Freiherr von und zu Guttenberg. Vgl. HILDEBRAND S. 102.

41 Zur Diskussion über den Streit mit der SPD um die Fraktionsgemeinschaft von CDU und CSU vgl. SPD-FRÄKTIONSPROTOKOLLE S. 714–716; CDU/CSU-FRÄKTIONSPROTOKOLLE S. 1578f.

mächtigen, bis zur Wahl eines neuen Vorsitzenden alles zu tun, was notwendig ist. Wir haben für Montag der kommenden Woche aus diesen Gründen – früher als es sonst üblich war – die Wahl des gemeinsamen Vorsitzenden vorgesehen. Was unter uns die Sache betrifft, so gibt es hier überhaupt nichts zu rütteln und zu deuteln. Das ist in Ordnung. Nach außen ist es eine andere Frage. Wir haben unglücklicherweise einen § 10 der Geschäftsordnung, nach dem der Bundestag zustimmen muß, wenn eine Fraktionsgemeinschaft gebildet wird.⁴² Das ist bisher nie in Frage gestellt worden. Die SPD möchte – wie es Präsident Gerstenmaier uns vorgetragen hat – das diesmal in Frage stellen bis zu einer Geschäftsordnungsdebatte, und zwar mit einer durchsichtigen Absicht. Wenn es zu einer Abstimmung kommen sollte, ist natürlich die Frage, da wir nicht allein die Majorität haben, was dann die FDP tut. Aber auch hier sollten wir uns nicht schrecken lassen; denn selbst wenn das Haus feststellt, die Fraktionsgemeinschaft ist nicht gebildet, und dann die Sozialdemokraten sagen, wir schlagen einen Präsidenten vor, dann gehen wir auf die Bühne und sagen, wir schlagen Präsident Gerstenmaier vor. Wir sollten uns also auch hier nicht von den anderen bluffen lassen. Das ist also auch noch ein Punkt, der in der nächsten Woche eine Rolle spielt. Am Dienstag wird man durch Fakten ermessen können, wie die Stimmung und die Lage zwischen der CDU/CSU und der FDP ist.

Ich glaube, daß ich damit so kurz, wie ich es konnte, den Bericht von Herrn Dufhues ergänzt habe. Wir stehen alle gerne zu weiteren Auskünften zur Verfügung. Das Wichtigste wird sein, daß auch von dieser Sitzung ein Eindruck der Geschlossenheit nach draußen ausgeht; denn wir setzen nun wirklich auf eine Führungskarte, die sehr entscheidend ist für viele Jahre. Dazu ist Voraussetzung, daß wir uns hier finden und nachher auch alle, wie ich hoffe, mit zuversichtlichen Gesichtern hinausgehen und uns ungefähr in derselben Richtung äußern, wenn uns irgendwelche Journalisten fragen werden. (Beifall.)

VERSCHIEDENES

Adenauer: Darf ich um Wortmeldungen bitten! – Das Wort hat Herr Kohl.

Kohl: Herr Bundesparteivorsitzender! Meine Damen und Herren! Es ist jetzt so viel Gutes gesagt worden, daß es fast schwerfällt, das alles zu glauben. Deswegen darf ich

42 § 10 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Bundestags lautet: „Die Fraktionen sind Vereinigungen von Mitgliedern des Bundestages, die der gleichen Partei angehören. Die zur Bildung einer Fraktion notwendige Mitgliederzahl wird durch Beschuß des Bundestages festgestellt. Beim Zustandekommen einer Fraktion zählen Gäste nicht mit. Die Bildung einer Fraktion durch Mitglieder des Bundestages, die nicht Mitglieder einer und derselben Partei sind, kann nur mit Zustimmung des Bundestages erfolgen.“ Vgl. Verwaltung des Deutschen Bundestages (Hg.): Die Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages, Juli 1962 S. 17. Erst die Große Koalition ermöglichte eine Gesetzesänderung, die die Bedürfnisse der Union juridifizierte: „Die Fraktionen sind Vereinigungen, von mindestens 5 Prozent der Mitglieder des Deutschen Bundestages, die derselben Partei oder solchen Parteien angehören, die aufgrund gleichgerichteter politischer Ziele in keinem Land miteinander in Wettbewerb stehen.“, vgl. Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages vom 6. Dezember 1951 i. d. F. vom 27. März 1969.

noch eine Frage hier ansprechen, die uns im südwestdeutschen Raum stark bewegt. Ich bitte Sie, Herr Bundeskanzler, etwas dazu zu sagen. Darin steckt auch personell einiges an Überlegungen. Jeder hier im Raum weiß das. Fast jeder hier im Raum hat in den letzten Wochen darüber gesprochen. Ich halte es für unsere Situation als Bundesvorstand einfach für unmöglich, wenn wir das Thema hier nicht wenigstens ansprechen. Ich würde Sie bitten, Herr Bundeskanzler, zu dem Thema der deutsch-französischen Politik in den nächsten Jahren einige Ausführungen zu machen, ohne daß wir dabei nun in eine Detailfrage einzusteigen brauchen.

Meine Damen und Herren! Bei uns im Südwesten spielt diese Frage eine ganz andere Rolle als etwa in Norddeutschland. Wir haben uns oft über andere Fragen hier unterhalten, die uns nicht so sehr berührten. Und jetzt müssen Sie schon gestatten, daß wir einmal über diese Frage sprechen. Ich will hier nicht eine Personaldebatte vom Zaune brechen – damit ich nicht falsch verstanden werde –, aber ich möchte, daß doch zu dieser Frage etwas gesagt wird, und zwar gerade jetzt, wo auch die Freunde und Kollegen von der CSU dabei sind.⁴³

Ich möchte nicht, daß nur gesagt wird: Wir sind einig in den Sachfragen, – sondern ich möchte morgen meinen Parteifreunden in der Pfalz sagen können: Wir sind tatsächlich einig in den Sachfragen. – Es ist zumindest zu unterstellen, wenn Sie dazu schweigen in dieser Sitzung, daß Sie, meine Herren, mit den Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers einverstanden sind. Ich wäre also dankbar, Herr Bundeskanzler, wenn Sie dazu etwas sagen würden.

Erhard: Ich habe in meinen Vorträgen vor den Parteigremien ausführlich auch über die deutsch-französische Freundschaft und über Europafragen gesprochen. Ich bleibe dabei, daß die deutsch-französische Aussöhnung das Grundelement jeder europäischen Politik überhaupt ist. Auch wenn wir einmal die Fragen der Sicherheit ausklammern, so kommen wir zu keiner tragbaren und fruchtbaren Form Europas, wenn Frankreich und Deutschland nicht zusammenstehen.

Sie wissen, daß ich zu Beginn meiner Amtstätigkeit in diesem Hause sofort wieder den Gedanken aufgenommen und mich bemüht habe, Formen zu finden, neben den schon bestehenden Institutionen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, EURATOM und Montanunion eine politische Klammer in Europa zu setzen. Ich habe vor allen Dingen in sechs Gesprächen mit dem französischen Staatspräsidenten bis zum heutigen Tage immer wieder beharrlich gegen manche Schwierigkeiten unser deutsches Anliegen vorgetragen, weil ich glaube, es ist ein europäisches Anliegen.⁴⁴ Neben der

43 Die abschließende Entschließung erwähnt die Beteiligung „einer Delegation der Vorstandsschaft der CSU unter Führung des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß“; aus der handschriftlichen Liste der Gäste läßt sich nur Werner Dollinger ermitteln (ACDP 07-001-014/5).

44 Als Bundeswirtschaftsminister bei de Gaulles Besuch am 4./5. Juli 1963 in Bonn (AAPD 1963 Nr. 217); am 21./22. Juli 1963 Erhard in Paris (AdG 1963 S. 10917). Als Bundeskanzler: 14./15. Februar 1964 Erhard in Paris (AAPD 1964 Nr. 44, 49), 3./4. Juli 1964 de Gaulle in Bonn (AAPD 1964 Nr. 180, 187), 19./20. Januar 1965 Erhard in Rambouillet (AAPD 1965 Nr. 26, 27), 11./12. Juni 1965 de Gaulle in Bonn (AAPD 1965 Nr. 242, 244).

wirtschaftlichen Integration, die von der Montanunion besorgt wird, möge man zu einem politischen Gebilde Europas kommen. Das wird man nicht von heute auf morgen schaffen können. Auch die Formen sind nicht gerade unbedingt vorgezeichnet, noch weniger besteht Übereinstimmung darüber, aber ich wollte zunächst, auch wenn die institutionelle Klammer noch verhältnismäßig schwach ist, doch die Regierungschefs an einen Tisch bringen, um dann laufend auch die Fragen zu behandeln, wie sie einmal im deutsch-französischen Freundschaftsvertrag vorgesehen sind, zum anderen aber auch in den früheren europäischen politischen Plänen des Fouchet-Plans I und Fouchet-Plans II⁴⁵ niedergelegt waren, nämlich Fragen der Außenpolitik, der Verteidigungspolitik und der Kulturpolitik.

Ich kenne die Dinge in Brüssel und die Panne, die dort passiert ist.⁴⁶ Dazu brauche ich nicht näher Stellung zu nehmen. Das ist ja mehr der wirtschaftliche Bereich, obwohl es natürlich nur äußerlich so erscheint. Tatsächlich ging es in Brüssel darum: Die Fragen, die schon wieder sehr stark in das Politische hineinreichen, nämlich um das Mehrheits-Votum innerhalb der Gemeinschaft, um die Stellung der Position oder um die Auslegung der Stellung der Europäischen Kommission und drittens um die Frage des Europäischen Parlaments.

Ich bin natürlich nicht ans Ende gekommen, aber vor allen Dingen in Rambouillet habe ich den französischen Staatspräsidenten de Gaulle immerhin dazu bewegen können, ja zu sagen zu einem Treffen der Regierungschefs. Es war noch offen, ob zuerst die Außenminister tagen oder ob gleich eine Sitzung der Regierungschefs mit den Außenministern stattfinden sollte. Aber da blieb diesmal die Frage offen. Es ist dann doch nicht dazu gekommen, weil eben die Vorbereitungen, die vor allen Dingen von französischer Seite von Couve de Murville⁴⁷ mit Fanfani⁴⁸ geführt worden sind, wieder eine zu starre Fixierung und Punktierung der Tagesordnung vorsahen, während sowohl der französische Staatspräsident und ich uns darüber klar waren, jedenfalls am Schluß unserer Unterhaltung, wir sollten mit einer verhältnismäßig offenen Tagesordnung in das Gespräch gehen, um uns nicht gleich in den einzelnen Sachfragen zu sehr festzubeißen. Ich gebe auch jetzt die Hoffnung nicht auf, daß man in dieser Sache weiterkommt; denn dahinter steckt der Gedanke, die Europäische Gemeinschaft besorgt die wirtschaftliche Integration. Der französische Staatspräsident hat es zweifellos übelgenommen, daß von

45 Vgl. Ulrich LAPPENKÜPER: Die deutsch-französischen Beziehungen 1949–1963 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 49) 2 Bde. München 2001 S. 1566–1592; zum Wortlaut der beiden Pläne vgl. EUROPA-ARCHIV 1961 D 128 f. und 1964 D 466–484.

46 Obwohl im Januar 1962 eine feste Agrarmarkt-Finanzierung zum 1. Juli 1965 beschlossen werden sollte, kam es in der EWG-Ministerratssitzung vom 28. Juni bis 1. Juli 1965 zu keiner Einigung. Am 6. Juli zog Frankreich den Leiter seiner Ständigen Vertretung aus Brüssel ab und betrieb für sechs Monate eine „Politik des leeren Stuhls“ (ÖSTERHELD S. 209 f.).

47 Dr. Maurice Couve de Murville (1907–1999), französischer Politiker und Diplomat; 1956–1958 Botschafter in Bonn, 1958–1968 Außenminister, 1968/69 Ministerpräsident. Memoiren: Außenpolitik 1958–1969. München 1973.

48 Prof. Dr. Amintore Fanfani (1908–1999), italienischer Politiker (DC) und Wirtschaftswissenschaftler; 1958/59, 1960–1962, 1962/63, 1982/83 und 1987 Ministerpräsident.

seiten der Europäischen Kommission immer wieder der Versuch unternommen wurde, nun zu sagen: Das ist ja alles überflüssig, das brauchen wir gar nicht. Das politische Europa sind wir, und das politische Europa erwächst aus unseren Institutionen automatisch heraus.

Das habe ich von Anfang an bestritten. Ich habe es bewiesen, daß ich es bestritten habe. Es war eine meiner ersten Amtshandlungen als Bundeskanzler. Ich habe gesagt: Ihr habt so viel Geduld geübt in allen europäischen Fragen, in dem Werden Europas, daß wir ihm auch jetzt noch etwas Geduld entgegenbringen müssen. Es scheinen sich in Brüssel doch wieder allmählich Lösungen anzubahnen, die zwar nicht zum vollen Perfezionismus, aber doch wieder an den gemeinsamen Tisch führen.

Was im Augenblick das Störungs- und Spannungsfeld anlangt, so ist das kein deutsch-französisches Spannungsverhältnis, sondern eine Störung innerhalb der Sechser-Gemeinschaft selbst. Es muß auch von der Sechser-Gemeinschaft gelöst werden. Ich war der Meinung, wir sollten nicht den Versuch machen, das auf eine bilaterale Beziehung zurückzuschrauben; denn auf einmal haben wir daraus wieder eine deutsch-französische Streitfrage, was sie überhaupt nicht ist.

Durch den deutschen Getreidepreis⁴⁹ und durch vieles Entgegenkommen, das ich bezeugt habe, haben wir deutlich gemacht, wie sehr uns daran liegt, durch unsere Haltung jeden Stein beiseitezuräumen, der auf dem Wege des politischen Europas liegen könnte. Sie können also überzeugt sein, daß ich nach wie vor meine ganze Kraft einsetzen werde, um die Verständigung zu erreichen. Ich habe vor dem Fraktionsvorstand einen Briefwechsel verlesen.⁵⁰ Es waren zwei Briefe hinüber und herüber. Ich glaube, es war so eindeutig und so zwingend, wie sehr mir daran lag, auch gegen manchmal etwas andere Auffassungen des französischen Staatspräsidenten doch von unserer Seite aus den Gedanken des politischen Europas immer wieder neu zu beleben und immer wieder in den Vordergrund zu rücken. Und dabei wird es auch bleiben. (*Lebhafter Beifall.*)

Adenauer: Meine Damen und Herren! Erlauben Sie auch mir, einige Ausführungen zu dem ganzen Komplex zu machen. Als ich Bundeskanzler wurde, habe ich zwei Komplexe als die wichtigsten betrachtet für eine Wiedererhebung Deutschlands.⁵¹ Das eine war die Versöhnung mit Frankreich, das andere war die Versöhnung mit den Juden. Die Versöhnung mit Frankreich war in den ersten Jahren nach 1949 dadurch gestört, daß sehr labile Regierungen in Frankreich waren. Man sprach damals von den Karussell-Regierungen, da etwa alle neun Monate ein neuer Ministerpräsident kam.

49 Am 4. November 1963 hatte der Vizepräsident der EWG-Kommission, Sicco Mansholt, vorgeschlagen, zum 1. Juli 1964 einen gemeinsamen Getreidepreis zu schaffen („Mansholt-Plan“).

Dazu sollten die deutschen Preise gesenkt (zwischen 11 und 15%), die französischen und niederländischen angehoben werden, vgl. AAPD 1964 Nr. 355, AAPD 1965 S. 102 Anm. 2-4.

50 Vorstandsprotokolle für den Zeitraum von August 1965 bis November 1976 nicht vorhanden.

51 Zur Regierungserklärung Adenauers am 20. September 1949 vgl. Sten.Ber. 1 WP 5. Sitzung S. 22-30.

Das änderte sich dann, als de Gaulle ans Ruder kam.⁵² Ich darf hier doch damit rechnen, daß nichts von dem, was gesagt wird, an die Presse kommt. Es wäre ungünstig. (*Unruhe und Bewegung.*) Meine Herren! Ich habe ja nicht gesagt, es wird nichts dahinkommen, (*Heiterkeit.*) sondern ich habe gesagt, ich darf doch damit rechnen. Wenn ich unvorsichtig wäre, hätte ich hinzugefügt, ich werde dementsprechend sprechen. Das tue ich aber nicht, denn sonst würden Sie mir nicht glauben. Es ist der Vorstand unserer Partei, der hier versammelt ist; es ist ein sehr wichtiges politisches Gremium, das ein Recht darauf hat, daß man zu ihm über diese Dinge spricht.

Nach meiner Überzeugung ist – so will ich es einmal sagen – der Schlüssel für die ganze Haltung Frankreichs gegenüber Deutschland die Furcht vor Deutschland. Das hat niemand so offen mir gegenüber ausgesprochen wie seinerzeit Herr Schuman⁵³, der mir sehr offen sagte: In Frankreich besteht die große Furcht und Besorgnis, daß ein wiedererstarktes Deutschland sich gegen uns erhebt. Deswegen hat er damals die Gründung der Montanunion vorgeschlagen. Er hat mir das geschrieben und gesagt, auf keinem Gebiete zeige sich die Vorbereitung einer Mobilmachung eher und besser als auf dem Gebiet der Produktion von Eisen und Stahl. Wenn man deswegen eine Institution schaffe, die es dem einen Land ermögliche, Bewegungen in der Produktion von Eisen und Stahl aus dem anderen Land zu überwachen, so sei das das beste Mittel für eine Beruhigung.

Es kam dann die Europäische Verteidigungsgemeinschaft;⁵⁴ ein ausgezeichneter Vertrag! Das möchte ich auch hier jetzt noch einmal betonen; weil ich beim Schreiben meiner Erinnerungen mich mehr mit diesen Dingen beschäftigen mußte, ist mir das wieder sehr klar zur Erkenntnis gekommen; denn die Europäische Verteidigungsgemeinschaft sah vor: eine europäische Armee, ein wirtschaftliches Zusammengehen und die Schaffung einer übernationalen Instanz. Ich nenne nur drei der wichtigsten Dinge. Es war dann weiter vorgesehen ein Annex-Vertrag zwischen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und Großbritannien und ein Annex-Vertrag mit Amerika. Nirgendwo habe ich eine größere Anteilnahme gefunden während der schwierigen Arbeit an

52 Am 29. Mai 1958 erhielt de Gaulle von Präsident René Coty den Auftrag zur Bildung einer Regierung.

53 Robert Schuman (1886–1963), französischer Politiker; 1946/47 Finanzminister, 1947/48 Ministerpräsident, 1948–1952 Außenminister, 1955/56 Justizminister, 1955 Präsident der Europäischen Bewegung, 1958–1960 erster Präsident des Europäischen Parlaments. Vgl. Raymond POIDEVIN: Robert Schuman. Homme d'Etat 1886–1963. Paris 1986.

54 Am 27. Mai 1952 unterzeichneten die Außenminister Frankreichs, Italiens, der Benelux-Staaten und der Bundesrepublik Deutschland in Paris den EVG-Vertrag. Nach einer Debatte am 30. und 31. August 1954 lehnte die französische Nationalversammlung die EVG ab. Vgl. Militär-geschichtliches Forschungssamt (Hg.): Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945–1956. Bd. 2: Die EVG-Phase. München 1990.

diesem Vertrag als bei den Amerikanern. Herr Dulles⁵⁵ hat mich, wo wir und wann wir uns auch trafen, immer wieder gefragt, wie weit sind Sie. Er hat hinzugefügt, machen Sie voran. Wir waren uns einig.

Eingebracht worden ist der Vertrag bei uns hier; aber damals – und das war einer der schwersten Fehler, den die Sozialdemokraten je gemacht haben – hat die Sozialdemokratie eine Verfassungsklage angestellt gegen diesen Vertrag.⁵⁶ Dadurch ist die ganze Sache bei uns weit über ein Jahr liegengeblieben. Sie konnte parlamentarisch nicht weiterkommen. In der Zwischenzeit haben dann die Gegner des Vertrages in Frankreich die Zeit genutzt und dort gegen den Vertrag gewühlt, so daß der Vertrag, weil darin die deutsche Wiederbewaffnung vorgesehen war, gar nicht zur Verhandlung ins Parlament gekommen ist. Das ist nach der Geschäftsordnung des französischen Parlaments möglich. Es hat lediglich eine Geschäftsordnungsdebatte stattgefunden, und der Vertrag wurde vertagt auf unbestimmte Zeit, d. h. ad calendas graecas. Das, meine Damen und Herren, war nach meiner Meinung der schwerste Schlag für Europa. Und daran waren schuld die deutsche Sozialdemokratie mit ihrer Verzögerung aufgrund der Verfassungsklage und das französische Volk in seiner großen Mehrheit.

Warum ich das so nachdrücklich betone, hat folgenden Grund: Es gehörte schon eine Persönlichkeit von dem Range und dem Charakter de Gaulles dazu, um diesen Gedanken der Freundschaft zwischen Deutschland und Frankreich aufzugreifen. Ich bin nun empört darüber, wie de Gaulle jetzt auch in unserer Presse behandelt wird und welche Bücher über ihn erscheinen.⁵⁷ Die Deutschen, die so etwas tun, wissen gar nicht, was sie tun. Sie wissen gar nicht, welch bitteres Unrecht Deutschland damit Frankreich anntut. Das gilt vor allem, wenn ich an den Empfang denke, den man de Gaulle damals in Deutschland – in Bonn, Hamburg, München, Ludwigsburg und überall⁵⁸ – bereitet hat, und wenn ich dagegenhalte, daß man bei der letzten Wahlkampagne das Wort „de Gaulle“ kaum aussprechen konnte, ohne aus dem Publikum, das zu unserer Partei gehört, Widerstand zu hören. Ich habe es selbst erfahren und bin dagegen angegangen. (Er-

55 John Foster Dulles (1888–1959), amerikanischer Politiker (Republikanische Partei); 1917/18 Kriegsteilnehmer, 1918/19 Mitglied der Friedens- und Reparationsdelegation in Paris, 1945–1950 Delegierter bei der Gründungsversammlung der Vereinten Nationen und Berater des Außenministers bei den Außenministerkonferenzen, 1953–1959 Außenminister. – Treffen mit Konrad Adenauer: 5./6. Februar 1953 in Bonn, 18. Februar 1954 in Bonn, 16./17. September 1954 in Bonn, 26. Juli 1958 in Bonn, 7./8. Februar 1959 in Bonn (vgl. Liste des US-Department of State im Internet: <http://www.state.gov/r/pa/ho/trvl/ls/13031.htm>).

56 Die Opposition im Bundestag hatte am 31. Januar 1952 eine Normenkontrollklage beim Bundesverfassungsgericht eingereicht, die aber am 30. Juli 1952 als unzulässig zurückgewiesen wurde, weil die beanstandete Norm noch nicht bestehe, Entscheidungen des BVerfG, 1. Band, Tübingen 1952 S. 396–415. Am 7. März 1953 wies dasselbe Gericht eine Organklage als unzulässig ab, die Ratifizierung des Vertrages durch den Bundestag mit einfacher Mehrheit für verfassungswidrig zu erklären, Entscheidungen des BVerfG, 2. Band, Tübingen 1953 S. 143–181. Vgl. auch PROTOKOLLE 1 S. 113.

57 Vgl. Jacques LAURENT: De Gaulle. Die Zerstörung einer Legende. Basel 1965. – Zur kritischen Behandlung in der Presse vgl. „Spiegel“ Nr. 24 vom 9. Juni 1965.

58 Staatsbesuch vom 4.–9. September 1962, vgl. AdG 1962 S. 10093–10097.

hard: In Süddeutschland!) Sie schütteln den Kopf, Herr Erhard. Das war nicht nur in Süddeutschland, es ist auch hier in Bonn auf dem Münsterplatz so gewesen.

Meine Herren! Nun haben wir uns dadurch wieder zugezogen eine Verstärkung des Geruchs, in dem wir immer gestanden haben, daß wir ein unstetes Volk sind. Und das ist das Schlimmste, was einem Volke nachgesagt werden kann, Unstetigkeit und keine Stetigkeit. Ich möchte aber hier betonen, die Arbeit auf dem Gebiete der Jugendpolitik ist gut gelaufen.⁵⁹ Die Arbeit auf dem Gebiet der Kulturpolitik ist einigermaßen verlaufen, aber es gibt andere Zeichen, die einen sehr beunruhigen können.

Seit Januar dieses Jahres sind vier französische Minister in Moskau gewesen.⁶⁰ Die haben da nicht – was soll ich sagen – einfach leere Worte gesprochen, sondern wenn vier französische Minister – Couve de Murville ist der letzte, er fährt jetzt im Oktober – im Laufe von zehn Monaten nach Moskau reisen, dann ist das ein sehr ernstes Zeichen für uns. Ich habe in einer Vorstandssitzung der Fraktion auf Einkreisungspolitik aufmerksam gemacht und bin deswegen von Herrn Blumenfeld sehr attackiert worden. Deswegen bedauere ich, daß er nicht hier ist. Ich wollte den Vorstand nicht weiter damit behelligen. Hier hätte ich ihm meine Meinung sehr gründlich gesagt.

Nun ist, meine Herren, eine Sache, wie ich glaube, dadurch, daß wir im Auswärtigen Amt nicht aufgepaßt haben, an uns vorbeigegangen, nämlich der Vertrag über das farbige Fernsehen zwischen Deutschland, Frankreich und der Sowjetunion.⁶¹ Wenn Sie sich vorstellen, meine Damen und Herren, daß das farbige Fernsehen durch diese drei Länder gegangen wäre, was wäre das für ein Fortschritt in den Beziehungen gewesen. Aber es ist vorbei. Der Vertrag ist abgeschlossen worden zwischen Frankreich und Sowjetrußland, und wir sind nicht dabei berücksichtigt worden. Darum hat sich das deutsch-französische Verhältnis sehr stark abgekühlt. Das hat sich auch in den Gesprächen gezeigt, namentlich in einem Gespräch, das de Gaulle mit dem Amerikaner Ball⁶² gehabt hat. Bei diesem Gespräch ist Ball deutschfreundlicher gewesen als de Gaulle. Es bedarf aber deswegen einer ganz intensiven Arbeit unseres Auswärtigen Amtes, das unterstützt werden muß von der Hand des Bundeskanzlers, um von neuem wieder aufzubauen; denn nach meiner Überzeugung – ich weiß das – ist de Gaulle absolut kein Freund der

59 Am 5. Juli 1963 wurde im Bonner Palais Schaumburg in Anwesenheit von Konrad Adenauer und Charles de Gaulle der Vertrag zur Errichtung des im Elysée-Vertrags vereinbarten Deutsch-Französischen Jugendwerks durch die beiden Außenminister Maurice Couve de Murville und Gerhard Schröder unterzeichnet.

60 In Moskau waren: Alain Peyrefitte im Januar und im März, Couve de Murville vom 28. Oktober bis 2. November 1965, am 12. Mai wurde in Moskau ein Abkommen über den französisch-sowjetischen Kulturaustausch unterzeichnet. Vgl. VAISSE S. 422–424.

61 Am 22. März 1965 unterzeichneten der französische Informationsminister Alain Peyrefitte und der sowjetische Botschafter Sergej Winogradow ein Abkommen, nach dem die Übernahme des französischen SECAM-Systems für das sowjetische Farbfernsehen vorgesehen war (EUROPA-ARCHIV 1965 S. 73; AAPD 1965 S. 738 Anm. 2).

62 George Wildman Ball (1909–1994), amerikanischer Rechtsanwalt und Diplomat; 1961–1966 stv. Außenminister der USA, 1968 Botschafter bei den Vereinten Nationen. – Treffen mit de Gaulle am 31. August 1965, vgl. AAPD 1965 S. 1402–1405.

Kommunisten; aber irgendwie fühlt sich Frankreich in der Welt exponiert. Das ist es auch, und zwar genauso exponiert wie wir. Darum hat es auch die Anlehnung an uns gesucht. Wie die Verhältnisse, auch die geschichtlichen Verhältnisse, nun einmal sind und wie die geographische Lage ist, kann zwischen Deutschland und Frankreich entweder nur Freundschaft oder Gegnerschaft bestehen.

Meine Damen und Herren! Ich war vor zwei Tagen auf der Buchmesse in Frankfurt und habe mir da den Stand von Hachette angesehen. Ich griff da nach einem Buch „Deutsche Geschichte“.⁶³ Der Leiter sagte mir, daß dieses Buch in Frankreich außerordentlich weit verbreitet sei und viel gelesen werde. Als ich das Buch dann aufschlug, fiel mein Blick auf den letzten Teil, nämlich auf Hitler und Konsorten und auf das, was Hitler und seine Konsorten angefangen haben. Ich führe Ihnen das an, meine Damen und Herren, weil wir uns mit Erfolg bemühen, alles das, was geschehen ist, zu vergessen, aber wir sollen nicht glauben, daß andere Völker, die darunter gelitten haben, das vergessen, was damals der deutsche Nationalsozialismus in der Welt angerichtet hat.

Deswegen betone ich, Herr Kohl, es bedarf der intensivsten und aufmerksamsten Arbeit des Auswärtigen Amtes, und zwar unterstützt durch den Bundeskanzler. Man soll nicht dem Bundeskanzler alles anlasten, wenn irgendwo in der Regierung etwas nicht klappt. Das würde über Menschenkraft hinausgehen, wenn er einfach alles in Ordnung halten sollte. Er kann nur die großen Sachen in Ordnung halten. Aber, meine Damen und Herren, ich benutze die Gelegenheit, um Ihnen zu sagen, daß das Auswärtige Amt wirklich mit größter Mühe sich darum bemühen muß, hier ein besseres Verhältnis herzustellen.

Ich möchte Ihnen noch eines sagen, meine Damen und Herren! Man bringt immer in Gegensatz unsere Freundschaft zu Frankreich und unsere Freundschaft zu Amerika. Das ist ungefähr das Dümmeste in der Politik, was ich je gehört habe. Ehe ich losging zu der Freundschaft mit Frankreich [sic!], habe ich den jetzigen Staatssekretär Rusk⁶⁴ gefragt: Herr Rusk, ich beabsichtige, ein näheres Verhältnis mit Frankreich herbeizuführen. Wünschen Sie das oder wünschen Sie das nicht vom amerikanischen Standpunkt aus? – Er hat mir erwidert: Ich wünsche es absolut. Wir werden immer ein engeres Verhältnis zu England haben. Deswegen ist es sehr gut, wenn Sie ein engeres Verhältnis zu Frankreich haben. – So ist es auch richtig, meine Herren. Denn alles andere ist einfach Torheit, und kein vernünftiger Amerikaner hat etwa den Gedanken, daran Argwohn zu haben. Es wäre ja lächerlich, wenn überhaupt ein amerikanischer Argwohn da aufkäme.

Aber es wird eine schwere Arbeit sein. Es ist sehr gut, wenn die Bevölkerung gerade auch derjenigen Landesteile, die an Frankreich benachbart sind, mithelfen. Das habe ich gesehen zu meiner großen Freude bei der Landtagswahl im Saarland.⁶⁵ Wo ich da

63 André MAUROIS: *Histoire de l'Allemagne*. Paris (Hachette) 1965.

64 (David) Dean Rusk (1909–1994), amerikanischer Rechts- und Staatswissenschaftler (Demokratische Partei); 1952–1960 Präsident der Rockefeller Foundation, 1961–1969 Außenminister. – Vgl. Konrad ADENAUER: *Erinnerungen 1959–1963*. Stuttgart 1968 S. 201.

65 Am 27. Juni 1965: CDU 42,7%, SPD 40,7%, FDP/DPS 8,3%, SVP/CVP 5,2%, vgl. LEXIKON S. 749.

auch gewesen bin und wo die Rede auf Frankreich kam, haben die Saarländer, die doch gerade unter Frankreich zu leiden gehabt haben, sich von ganzem Herzen für ein gutes Zusammenarbeiten mit Frankreich ausgesprochen. Ich habe keinen getroffen, der anderer Ansicht gewesen ist. Das ist die Antwort, Herr Kohl, auf Ihre Frage.

Ich möchte das unterstützen, was der Bundeskanzler gesagt hat, daß wir diese Aufgabe außerordentlich ernst nehmen müssen. Aber sie wird bestehen müssen in einer großen Summe von kleineren Arbeiten und kleinen Akten, um das wieder zu kitten, was leider Gottes in etwa zu Bruch gegangen ist. – Das Wort hat Herr Grundmann⁶⁶.

Grundmann: Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß man zunächst sagen muß, daß die letzten Wochen trotz unserer Gemeinsamkeitsbeschlüsse für niemanden von uns leicht gewesen sind. Man muß das deswegen sagen, weil eine solche Sitzung nicht nur dazu angetan ist, um wieder einmal Gemeinsamkeiten herauszustellen, sondern auch um das ganze Kriterium der schwierigen Verhandlungen draußen im Lande in Erinnerung zu bringen.

Herr Bundeskanzler! Zunächst möchte ich Ihnen sagen, daß Sie Ihre unbestrittene Position – Sie haben sie deutlich gemacht – und Ihre verfassungsmäßigen Rechte in Anspruch genommen haben, ist draußen ungewöhnlich positiv angenommen worden. Dafür sollten wir Ihnen dankbar sein, weil das ein Stabilisator war in mancher schwierigen Phase, von der ich nicht sage, daß sie sich zwangsläufig nach einer solchen Wahl und ihrem Ergebnis ergeben mußte.

Wir sind weiter dankbar dafür – was bereits Herr Barzel gesagt hat –, daß es keinen Zweifel darüber gibt, daß in der nächsten Woche der Bundeskanzler gewählt wird und die Verhandlungen abgeschlossen werden. Sie können uns allen keinen schlechteren Dienst erweisen als den, dieses wenn auch notwendige Spiel weiterzuspielen. (*Zuruf: Was heißt das? – Unruhe und Bewegung.*) Wir müssen das vertreten, was Sie tun, wie es sich auch darstellen mag. Draußen läßt es sich oft schwieriger darstellen als unter verständnisvollen Freunden. Wir bitten Sie also darum, daß Sie diese Position beibehalten, damit es in der nächsten Woche zu einem Abschluß kommt, wie es hier erklärt worden ist.

Ich möchte ein Drittes sagen. Wir sollten gar nicht empfindlich sein, aber uns daran erinnern, daß das, was in diesem Augenblick geschieht, seine Folgewirkungen auf die nächsten Jahre unserer Politik haben wird. Ich meine, ich würde einfach meine Pflicht versäumen, wenn ich nicht in aller Freundschaft darauf hinwiese, daß die Frage des sehr schwierigen Landtagswahlkampfes in Nordrhein-Westfalen im nächsten Jahr⁶⁷ nicht allein von dem Ergebnis der Landespolitik, sondern auch von den Verhandlungen dieser Tage entscheidend geprägt wird. Ich möchte auch wiederum nicht so tun, als ob ich damit darauf hinwiese, wie schwierig es würde – obwohl das auch ein Tatbestand ist

⁶⁶ Konrad Grundmann (geb. 1925), Gewerkschaftsfunktionär; 1954–1986 MdL Nordrhein-Westfalen (CDU), 1959–1966 Minister für Arbeit und Soziales NRW, 1963–1969 Vorsitzender und 1969–1980 stv. Vorsitzender der CDU Rheinland, 1980–1982 Vizepräsident des nordrhein-westfälischen Landtags.

⁶⁷ Am 10. Juli 1966: CDU 42,8%, SPD 49,5%, FDP 7,4%, vgl. LEXIKON S. 745.

–, wenn die Mehrheit im Bundesrat verlorengeht, sondern ich sage, daß wir alle wissen, daß Wahlen, die sich so kurz nach einer Regierungsbildung und Bundestagswahl vollziehen, auch in der öffentlichen Diskussion ein Votum darstellen für die ersten Ergebnisse, die diese Regierungspolitik gebracht hat. (*Unruhe und Bewegung.*) Herr Dufhues! Jeder von uns wird mit Ihnen einverstanden sein, wenn Sie sagen, wir sollten die Geschlossenheit unserer Beschlüsse in diesem Bundesvorstand auch draußen vertreten. Ich gestehe, daß wir uns auch nicht durcheinanderbringen lassen, wenn dieser oder jener behauptet, dieser oder jener habe in der Öffentlichkeit das und das gesagt. Das läßt sich ja sehr bald klären, ob es so gewesen ist oder nicht.

Aber was man sagen muß, ist natürlich, daß wir uns alle daran gebunden fühlen sollten und daß Geschlossenheit nicht eine Frage einer gemeinsamen Erklärung des Bundesvorstands, sondern vor allen Dingen eine Frage der schwierigen Zwischenphase der Verhandlungen ist. Das wird draußen berichtet. (*Zurufe:* Das ist doch unklar! – *Unruhe.*) Niemand von uns ist neu genug, so zu tun, als ob die Presse etwas verschwiege, was wir selber nicht verschweigen. (*Bewegung.*)

Adenauer: Das Wort hat Herr Gürk.

Gürk: Meine verehrten Damen und Herren! Die wertvollen Ausführungen unseres verehrten Herrn Parteivorsitzenden waren bestimmt ein Beitrag zu unserer an sich schon bestehenden Erkenntnis, daß die Fragen der Außenpolitik heute unendlich viel schwieriger sind als früher. Ich kann nicht beurteilen – dazu bin ich zu fern von den Dingen –, ob die Frage der Abkühlung der Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland eine Frage unserer Politik ist oder auch mit einer Frage der französischen Haltung. Ich nehme den Vortrag als eine Bestätigung der Tatsache, daß eben das Regieren weitaus schwieriger sein wird in den nächsten Jahren als früher, wo zwar eine harte, aber klare Situation gegeben war.

Das führt mich dazu, noch einmal nachdrücklich zu unterstreichen, was Herr Dufhues gesagt hat: Wir wollen eine Regierung, die den Aufgaben gewachsen ist. Das wollen wir, meine verehrten Damen und Herren! (*Zurufe:* Sehr richtig!) Wir wollen haben, daß der Herr Bundeskanzler von Männern und auch von Frauen umgeben ist, die ihn recht beraten und die ihm zur Seite stehen und eine geschlossene Gruppe darstellen. Es darf in diesem Saale nicht ganz verschwiegen werden – ich sage das mit aller schuldigen Ehrfurcht und Zurückhaltung –, daß die Haltung der Bonner Leitung im Lande draußen mit viel Mißstimmung aufgenommen worden ist. Unsere Menschen haben einen guten Wahlkampf geführt, und nun sind sie böse darüber, daß eine Uneinigkeit in der Bonner Führung sichtbar geworden ist. Für uns in Baden-Württemberg besteht noch die besondere Gefahr, daß wir am 7. November Kreis- und Gemeindewahlen haben.⁶⁸ Wir sind an sich schon durch die weißen Kreise erheblich belastet. Das hat sich auch im Bundestagswahlkampf gezeigt. Wir sind mißgestimmt darüber, daß die Leitung eine uneinheitliche Haltung gezeigt hat.

68 Ergebnis: CDU 26,1%, SPD 32,8%, FDP 8%, Sonstige 1,4%, Kombinierte Listen 6,2%, Freie Wählervereinigungen 25,4% („Welt“ vom 25. November 1965). Vgl. Nr. 7 Anm. 59.

Ich möchte deshalb das Beispiel der Papstwahl Ihnen noch einmal eindringlich ins Gedächtnis zurückrufen. Die Herrschaften, die berufen sind, den Papst zu wählen, gehen ins Konklave; ich will nicht sagen, bei Wasser und Brot, aber doch bei viel weniger Verpflegung. Sie dürfen nicht rauchen. Sie dürfen keine Erklärungen abgeben. (*Unruhe und Bewegung.*) Deswegen möchte ich das Beispiel des Konklaves nachdrücklichst empfehlen. Es darf nicht sein, daß wir hier auseinandergehen, ohne daß gesagt wird, was das Volk draußen denkt und erklärt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das soll keine Klage, sondern nur ein Hinweis oder eine Mahnung sein, die hoffentlich auf allen Seiten verstanden wird. Wir wissen, daß Sie es schwer haben. Wir wissen auch, daß das, was Sie erklären, aus tiefer und berechtigter Sorge kommt, insbesondere hinsichtlich der deutsch-französischen Beziehungen. Darum unsere Bitte, Herr Bundeskanzler, umgeben Sie sich mit einer Gruppe – ich will nicht sagen Mannschaft, sonst kriege ich es mit den Frauen zu tun –, von der Sie erwarten dürfen, daß diese Sie in der außergewöhnlich schwierigen Lage, der Sie entgegengehen, mit Kraft, Energie und Weisheit auf Gedeih und Verderb unterstützen wird. Das ist der Wunsch, den ich hier vortrage gerade aus dem Volke heraus. Es ist in einer gewissen Mißstimmung über die Entwicklung, die wir jetzt beobachtet haben.

Adenauer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Barzel: Herr Bundeskanzler! Ich hoffe, daß ich nicht zur Mißstimmung beitrage, wenn ich noch kurz mitteile, daß wir um 15.00 Uhr eine weitere Verhandlung mit den Freien Demokraten haben werden.⁶⁹ Ich möchte Herrn Kollegen Grundmann nur einen einzigen Satz hinsichtlich der Beschleunigung sagen. Das hat natürlich mit einen Grund in der Rücksicht auf Nordrhein-Westfalen. Das war gerade in den ersten Tagen nach der Wahl ein entscheidendes Argument. Im übrigen werden wir alle guten Vorsätze fassen, Herr Gürk. (*Gürk:* Besten Dank!)

Adenauer: Keine weiteren Wortmeldungen! Dann darf ich als Ergebnis feststellen, daß begrüßt wird der Beschuß des Parteipräsidiums, den Sie eingangs beim Vortrag von Herrn Dufhues gehört haben. Ich darf Ihnen nun den Entwurf einer Entschließung verlesen: „Der Bundesvorstand der CDU hat unter Vorsitz des Bundesparteivorsitzenden, Bundeskanzler a. D. Dr. Adenauer, und in Anwesenheit einer Delegation der Vorsitzenden der CSU unter Führung des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß folgenden Beschuß gefaßt:

1. Der Bundesvorstand nahm die Berichte des Geschäftsführenden Vorsitzenden der CDU, Dufhues, und des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, Dr. Barzel, über die bisherigen Verhandlungen zur Regierungsbildung zustimmend zur Kenntnis. Über die Grundsätze des von Bundeskanzler Erhard vorgetragenen Regierungsprogramms besteht Übereinstimmung.

69 Vgl. „Welt“ vom 16. Oktober 1965 „Koalitionskrise verschärft sich – CDU/CSU und FDP bleiben hart“.

2. Der Bundesvorstand billigt die Absicht der Verhandlungskommission, sich zu weiteren Besprechungen mit der FDP bereitzuhalten und den vorgesehenen Zeitplan für die Regierungsbildung durchzuführen.

3. Der Bundesvorstand nimmt davon Kenntnis, daß Bundeskanzler Erhard heute den Herrn Bundespräsidenten aufsuchen und ihn dabei auch von der Absicht der CDU/CSU unterrichten wird, am Mittwoch, dem 20. Oktober, ihn erneut zum Bundeskanzler zu wählen.“

Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Darf ich dann Ihre Zustimmung feststellen? (*Beifall.*) Ich danke Ihnen sehr, meine Damen und Herren. Ich hoffe, daß wir einer erfolgreichen und fruchtbaren Arbeit entgegengehen können. (*Lebhafter Beifall.*) Damit darf ich die Sitzung schließen.